

Weiterer Rückgang der Schattenwirtschaft in Deutschland bei Nichteinführung der Mindestlöhne: Fluch oder Segen?

1) Einleitung

Obwohl in vielen Ländern auf den offiziellen Arbeitsmärkten die Arbeitslosigkeit zurückgeht, existieren außerhalb der offiziellen Wirtschaft gleichzeitig in beträchtlichem Maße Beschäftigungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund werden das Ausmaß und die zeitliche Entwicklung der Schattenwirtschaft heutzutage gerade auch in Deutschland, aber auch in den Nachbarländern intensiv und kontrovers diskutiert. Darüber hinaus wird über Möglichkeiten nachgedacht, wie man die schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in die offizielle Wirtschaft überführen kann. Der vorliegende Beitrag informiert über die Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland und weitere 20 OECD-Ländern seit 1990 und zeigt erste Berechnungen für das Jahr 2008.

Die Schätzungen des Umfangs der Schattenwirtschaft basieren auf einer Kombination des Bargeldansatzes mit dem DYMIMIC-Verfahren. Der Bargeldansatz fußt auf der Idee, dass die in der Schattenwirtschaft erbrachten Leistungen bar entlohnt werden, und dass es mit Hilfe einer Bargeldnachfragefunktion gelingt, diese bar entlohnten Leistungen zu schätzen und das Volumen an Schattenwirtschaft zu berechnen. Der DYMIMIC-Ansatz geht von der Annahme aus, dass die Schattenwirtschaft eine nicht direkt beobachtbare Größe ist,

die näherungsweise aufgrund von quantitativ erfassbaren Ursachen (z.B. Steuerbelastung, Regulierungsdichte), im Schatten zu arbeiten, und Indikatoren (Bargeld, offizielle Arbeitszeit, etc.), in denen sich Schattenwirtschaftsaktivitäten widerspiegeln, berechnet werden kann.¹⁾

2) Zeitliche Entwicklung der Schattenwirtschaft

Tabelle 1 und die Abbildungen 1 und 2 geben die zeitliche Entwicklung der mit diesen Verfahren geschätzten Größe der Schattenwirtschaft für die drei deutschsprachigen Länder über die Periode 1975 bis 2008 wieder.

Tabelle 1 und Abbildung 1 und 2

2.1 Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland von 1975 bis 2006

Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Schattenwirtschaft für **Deutschland**, so war diese nach starken Anstiegen bis Anfang dieses Jahrzehnts seit dem Jahr 2003 von 370 Mrd. € bis 2006 auf 345,5 Mrd. € rückläufig.

Maßgeblich für das Sinken der Schattenwirtschaft in den Jahren 2004 bis 2006 war insbesondere die zum 1. April 2003 eingeführte erweiterte Mini-Job-Regelung, die das Volumen der Schattenwirtschaft nach Schätzungen in den Jahren 2004 und 2005 um insgesamt etwa 9 Mrd. € sinken ließ. Ein weiterer Anstieg der Zahl der Mini-Jobs, die bereits in 2005 gegenüber dem Vorjahr nicht mehr gewachsen war, fand im Jahr 2006 nicht statt, im Gegenteil: der Anstieg des Versicherungsbeitrages von 25% auf 30% zur Jahresmitte führte zu einem Rückgang um etwa 134.000 Mini-Jobs.

Inwieweit die beschlossenen Maßnahmen zur besseren Koordinierung und effizienteren Bekämpfung der Schattenwirtschaft sowie das seit August 2004 in

¹⁾ Diese Methoden (sowie andere) wird in folgenden Büchern ausführlich dargestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen: FRIEDRICH SCHNEIDER (2004), **Arbeit im Schatten: Eine Wachstumsmaschine für Deutschland?**, Wiesbaden: Gabler Verlag; Friedrich SCHNEIDER und Dominik ENSTE (2002), **The Shadow Economy: An International Survey**, Cambridge (UK): Cambridge University Press.

Kraft getretene strengere und neue Gesetz zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft zu einer Dämpfung dieser beigetragen haben, ist sehr schwer zu erfassen. Bei den durchgeführten Simulationen zeigt sich, dass durch dieses Gesetz die Schattenwirtschaft in Deutschland bis 2006 um etwa 1,0 Mrd. € gesunken sein dürfte. Insgesamt kann aber bezweifelt werden, dass allein mit strengeren Maßnahmen die Schattenwirtschaft nennenswert eingedämmt werden kann, da der Kontrollaufwand hier doch sehr hoch ist und bei vielen haushaltsnahen Dienstleistungen, die heute schwarz erbracht werden, der Bürger kein Unrechtsbewusstsein hat und diese als Kavaliersdelikte betrachtet.

Auf das für das Jahr 2006 berechnete Niveau der Schattenwirtschaft wirkten sich einige der von der großen Koalition beschlossenen Maßnahmen aus. Da sich diese jedoch teilweise gegenseitig kompensierten, konnte im Saldo kein deutlicher Effekt auf die Schattenwirtschaft beobachtet werden. Die Simulationen gelangten zu folgenden Ergebnissen:

- (1) Die Abschaffung der Eigenheimzulage seit 1.1.2006 führte dazu, dass die Schattenwirtschaft im Jahr 2006 um etwa 0,2 bis 0,3 Mrd. € zunahm, da ein Teil der Haushalte nach Wegen suchte, um mit Hilfe der Schattenwirtschaft die nun nicht mehr zur Verfügung stehende Subvention „hereinzuwirtschaften“. Da die Abschaffung sich jedoch nur auf Neuansprüche bezog und bereits bestehende Förderungen weiterliefen, werden die Effekte der Abschaffung der Eigenheimzulage erst im Jahr 2007 und in den kommenden Jahren deutlicher spürbar werden; zumal viele Haushalte noch rechtzeitig in 2005 einen Neuvertrag abgeschlossen hatten.
- (2) Die in 2006 ermöglichte steuerliche Absetzbarkeit von Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie von Kinderbetreuungs- und Pflegekosten wurde genutzt und reduzierte die Schattenwirtschaft unter sonst gleichen Bedingungen um 0,95 Mrd. € bis 1,90 Mrd. €
- (3) Inwieweit die seit 1.7.2006 erfolgte Anhebung der Versicherungsbeiträge von 25 auf 30% bei den Mini-Jobs wieder zu einer verstärkten Abwanderung

in die Schattenwirtschaft führen wird, ist schwer abzuschätzen. Erste Berechnungen ergeben für das Jahr 2006 einen Wert von 0,4 Mrd. € bis 0,7 Mrd. €

Zusammengefasst trugen diese Maßnahmen somit im Jahr 2006 zu einem leichten Rückgang der Schattenwirtschaft um 0,35 bis 0,9 Mrd. € bei. Wie sich die bereits erfolgte Zusammenlegung der Ich-AG mit dem Überbrückungsgeld auf die Schattenwirtschaft auswirkt, konnte bislang nicht abgeschätzt werden. Auch weitere Maßnahmen, wie z.B. das Heraufsetzen der Buchführungsgrenze bei Neugründungen von 350.000 € auf 500.000 € oder die Erhöhung der Ist-Umsatzbesteuerung ab dem 1.1.2006 von 125.000 € auf 250.000 € konnten bislang in ihrer Wirkung nicht abgeschätzt werden. Darüber hinaus wurde die Schattenwirtschaftsbekämpfung zwischen dem Bund und den Ländern besser koordiniert; auch diesen Effekt konnte noch nicht abgeschätzt werden.

2.2 Das Ausmaß der Schattenwirtschaft in Deutschland für 2007

Für das Jahr **2007** wurde erstmals seit drei Jahren wieder ein Anstieg der Schattenwirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mrd. € oder 1% auf 349 Mrd. € berechnet. Da gleichzeitig die offizielle Wirtschaft jedoch mit nominal knapp 3% stärker gewachsen ist als die Schattenwirtschaft, verbesserte sich die Relation aus Schattenwirtschaft und offizieller Wirtschaft auch im Jahr 2007 weiter. Während der Wert der Schattenwirtschaft im Jahr 2003 in Relation zum offiziellen BIP noch 17,1% und in 2006 noch 15,0% ausmachte, lag dieser Wert im Jahr 2007 mit knapp 14,7% sogar erstmals wieder unter dem Wert des Jahres 1998.

In 2007 beeinflussten die Mehrwertsteuererhöhung, die Erhöhung der privaten Einkommensteuer für Personen mit besonders hohem Einkommen, die Anhebung der Versicherungsbeiträge bei den gewerblichen Mini-Jobs von 25 auf 30 %, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge und der Rentenbeitragssätze um 0,5 bzw. 0,4 Prozentpunkte sowie die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 4,2% das Ausmaß der Schattenwirtschaft

nachhaltig. Im Einzelnen wurden die für das Jahr 2007 erwarteten Effekte dieser Maßnahmen auf die Schattenwirtschaft wie folgt berechnet:

- (1) Die Mehrwertsteuererhöhung von 16% auf 19 % führte (unter sonst gleichen Bedingungen) zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft in 2007 um 2,5 bis 5,0 Mrd. €
- (2) Die Erhöhung der privaten Einkommensteuer für besonders hohe Einkommen („Reichensteuer“) mit einem Satz von 45% (Erhöhung um 3 Prozentpunkte) ab einem Jahreseinkommen von Verheirateten von €500.000 (€250.000 von Ledigen) verursachte einen Anstieg der Schattenwirtschaft um 0,6 Mrd. bis 0,9 Mrd. €
- (3) Die zum 1.7.2006 erfolgte Anhebung der Versicherungsbeiträge bei den gewerblichen Mini-Jobs von 25 auf 30% führte zu einer Zunahme der Schattenwirtschaft um 1 Mrd. bis 2,4 Mrd. €
- (4) Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,5 Prozentpunkte ab 1.1.2007 erhöhte die Schattenwirtschaft um 0,4 bis 0,7 Mrd. €
- (5) Die Erhöhung der Rentenbeitragssätze um 0,4 Prozentpunkte führt ebenfalls zu einer Zunahme der Schattenwirtschaft um 0,4 bis 0,7 Mrd. €
- (6) Die Verringerung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 6,5% auf 4,2% reduzierte die Schattenwirtschaft um 2,3 bis 4 Mrd. €
- (7) Die Abschaffung der Eigenheimzulage seit 2006 erhöhte in 2007 das Volumen der Schattenwirtschaft um geschätzte 0,5 bis 0,8 Mrd. €
- (8) Die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen privater Haushalte für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Kinderbetreuung reduzierte das Volumen der Schattenwirtschaft in 2007 um rund 1,5 Mrd. € bis 3 Mrd. €

Während die Koalitionsbeschlüsse im Jahr 2006 einen moderaten Rückgang der Schattenwirtschaft bewirkten, stieg im Jahr 2007 aufgrund der durchgeführten Maßnahmen für das Jahr 2007 die Schattenwirtschaft um 1,6 bis 3,5 Mrd. € d.h.

der auch absolut rückläufige Trend in der deutschen Schattenwirtschaft war mit diesem Jahr beendet (Vergleiche auch Tabelle A1 im Appendix).

2.3 Prognose für Deutschland für 2008

Für das Jahr 2008 wird wiederum wie in den Jahren 2004/05 und 2006 ein Rückgang der Schattenwirtschaft gegenüber dem Vorjahr zwischen 1,74 und 2,72 Mrd. € prognostiziert, unter der Annahme, dass die jetzt schon vorhandenen Mindestlöhne für 57% der Westdeutschen und 41% der Ostdeutschen flächendeckend ausgeweitet werden. Kommen keine flächendeckende Mindestlöhne, sinkt die Schattenwirtschaft im Jahr 2008 zwischen 4,74 und 8,72 Mrd. € Welche weiteren Maßnahmen beeinflussen nun die Größe der Schattenwirtschaft in Deutschland in 2008? Die wichtigsten Maßnahmen sind in Tabelle 2 aufgeführt. Hierbei gibt es zwei Maßnahmen, die die Schattenwirtschaft erhöhen und drei Maßnahmen, die die Schattenwirtschaft senken. Die Maßnahme, die die Schattenwirtschaft am meisten erhöht, ist die flächendeckende Einführung der Mindestlöhne. Dies würde die Schattenwirtschaft zwischen 3 und 6 Mrd. € erhöhen. Die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte von 1,7 auf 1,9% wird die Schattenwirtschaft um 160 bis 280 Mio. € erhöhen. Hingegen wirkt sich die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3% negativ auf die Schattenwirtschaft aus. D.h. sie wird zwischen 900 Mio. und 1,5 Mrd. € sinken. Ebenso wirkt sich die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von privaten Haushaltsaufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Kinderbetreuung negativ auf die Schattenwirtschaft mit einer Reduktion zwischen 2,0 und 4,0 Mrd. € aus. Darüber hinaus hat die gute Konjunktur und der beträchtliche Rückgang der Arbeitslosigkeit dafür gesorgt, dass die Schattenwirtschaft zwischen 2 und 3,5 Mrd. € sinken wird. Dies ergibt einen Nettoeffekt bei Berücksichtigung aller Maßnahmen von einem Rückgang der Schattenwirtschaft von 1,74 bis 2,72 Mrd. € oder wenn man die Mindestlöhne nicht berücksichtigt flächendeckend eingeführt werden ein wesentlich deutlicherer Rückgang von 4,74 bis 8,720 Mrd. € Insgesamt

gesehen ist in Deutschland damit wieder eine Verringerung der Schattenwirtschaft im Jahr 2008 festzustellen.

2.4 Schattenwirtschaft in Österreich und in der Schweiz

In **Österreich** hatte sich die Schattenwirtschaft von 22,5 Mrd. € im Jahr 2003 auf 23,0 Mrd. € im Jahr 2004 erhöht, was einer Steigerung von 2,2% entsprach. Ein wesentlicher Grund für das Anwachsen der Schattenwirtschaft im Jahr 2004 bestand dabei in der anhaltend hohen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben im Zuge der einnahmeseitigen Budgetsanierung in Österreich in den letzten Jahren. Im Jahr 2005 erreichte die Schattenwirtschaft in Österreich lediglich ein Volumen von 22,0 Mrd. € – d.h. sie war zum ersten Mal rückläufig und sank um etwa 1 Mrd. €. Der prozentuale Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrug 4,35%. Die zentrale Ursache für diesen Rückgang lag in der zu Beginn des Jahres 2005 in Kraft getretenen Steuersenkung. Für 2006 zeigten die Berechnungen für Österreich wiederum einen leichten Rückgang der Schattenwirtschaft auf 21,2 Mrd. € an. In 2007 ging die Schattenwirtschaft in Österreich anders als in Deutschland weiterhin geringfügig um 0,9% auf 21,2 Mrd. € zurück. Für 2008 wird wegen der guten Konjunktur ein weiter Rückgang auf 19,92 Mrd. € oder 8,07% des BIP erwartet.

In der **Schweiz** konnte wie in Österreich erstmals von 2004 auf 2005 ein Rückgang der Schattenwirtschaft beobachtet werden: von 39,5 Mrd. SFR im Jahr 2004 sank das Volumen der Schattenwirtschaft in 2005 auf 38,7 Mrd. SFR oder gut 9% des Bruttoinlandsprodukts und weiter auf geschätzte 37 Mrd. € oder 8,5% des Bruttoinlandsprodukts in 2006. Gründe für den Rückgang waren unter anderem strengere gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und eine teilweise attraktivere Handhabung von haushaltsnahen Dienstleistungen in der offiziellen Wirtschaft. Im Jahr 2007 war das Niveau der Schattenwirtschaft mit -0,5% nochmals leicht rückläufig. Für 2008 wird wegen der guten Konjunktur und einem Maßnahmenpaket gegen die Schwarzarbeit der Schweizer Regierung ein weiterer Rückgang von 1,4 Mrd. CHF, 35,4 Mrd. CHF oder 7,96% erwartet.

2.5 *Ausmaß der Schattenwirtschaft im internationalen Vergleich*

Um einen internationalen Vergleich der Größe der Schattenwirtschaft mit anderen OECD-Länder anzustellen, sind in Tabelle 3 sowie in Abbildung 3 (und in Abbildung 4 die Veränderungen gegenüber 1997/98) die Schattenwirtschaft von 21 OECD-Länder bis zum Jahr 2008 aufgeführt.

Tabelle 3 und Abbildungen 3 und 4

Die Tabelle 3 und Abbildung 4 zeigen eindeutig, dass die Schattenwirtschaft seit dem Ende der 1990er Jahre in den meisten OECD-Ländern rückläufig ist: So betrug der ungewichtete Durchschnitt der Schattenwirtschaft in den 21 OECD-Ländern im Jahr 1999/2000 16,8% und wird sich auf % im Jahr 2008 reduzieren. Wenn man das Jahr 1997/98 als das Jahr, in dem in den meisten OECD-Ländern die Schattenwirtschaft den höchsten Wert aufwies, heranzieht, dann ist die Schattenwirtschaft in 18 OECD-Ländern kontinuierlich gesunken. Nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz hielt der Anstieg der Schattenwirtschaft etwas länger an und war erst seit den Jahren 2003 bzw. 2004 rückläufig. Der Rückgang der Schattenwirtschaft gemessen als Anteil am BIP war von 1997/98 bis 2006 in Italien mit -5,0 Prozentpunkten sowie in Schweden mit -4,3 Prozentpunkten am BIP am stärksten.

Deutschland liegt mit der relativen Größe der Schattenwirtschaft weiterhin im OECD-Mittelfeld, während sich Österreich und Schweiz im unteren Drittel befinden. Die südeuropäischen Länder haben ein Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen 20 und 25% des offiziellen Bruttoinlandsprodukts und sind nach wie vor Spitzenreiter. Danach folgen die skandinavischen Länder mit einer Schattenwirtschaft zwischen 15 und 16%. Nach den aktuellen Berechnungen geht die Relation der Schattenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 2007 auf 2008 von 14,7% auf 14,2% um 0,5 Prozentpunkte zurück. Damit fällt der relative Rückgang deutlich geringer aus als im OECD-Durchschnitt mit 0,6 Prozentpunkten von 14,5% auf 13,9%.

3) Aufteilung der Schattenwirtschaft in Sektoren

Für Österreich und Deutschland wurde in Tabelle 4 eine Aufteilung der Schattenwirtschaft in Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren vorgenommen.

Tabelle 4

Hierbei sieht man, dass im Jahr 2007 gemäß der Prognosen auf das Baugewerbe und das Handwerk etwa 38% des Schattenwirtschaftsvolumens entfallen (39% für Österreich), gefolgt von den Bereichen „Andere Gewerbe und Industriebetriebe“ und Dienstleistungsbetriebe (Hotels, Gaststätten, etc.) mit je 17% (16%). In sonstigen Gewerbetrieben und haushaltsnahen Dienstleistungen (wie z.B. Nachhilfe, Friseur oder Babysitten) werden 15% (17%) des Schattenwirtschaftsvolumens, in der Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche weitere 13% erwirtschaftet. In Tabelle 5 werden die Schätzergebnisse für den größten Bereich des Baugewerbes und des Handwerks weiter disaggregiert.

Tabelle 5

Hierbei sieht man, dass in Deutschland im Bauhauptgewerbe rund 46,1 Mrd. € an Schattenwirtschaftsvolumen anfallen. Für das Baunebengewerbe beträgt der Wert 34,3 Mrd. €. Die Handwerksbetriebe im Baubereich erwirtschaften „schwarz“ 23,7 Mrd. € und bei sonstige Reparaturen (Fernseher, Haushaltsgeräte, etc.) werden 27,7 Mrd. €, „schwarz“ erwirtschaftet.

4) Berechnung der „im Schatten arbeitenden“ Beschäftigten

Tabelle 6 gibt die Ergebnisse einer Abschätzung der Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter und der illegalen ausländischen Beschäftigten (nur für Schattenwirtschaftstätigkeit) in Deutschland, Österreich und der Schweiz für den Zeitraum 1995-2008 wieder.²⁾

Tabelle 6

In Deutschland betrug die fiktive Zahl der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter oder Ganztagschwarzarbeiter im Jahr 1995 7,3 Mio. Personen und erhöhte sich bis zum Jahr 2008 auf 8,15 Mio. Personen. Aber auch die illegal ausländisch Beschäftigten sind für Deutschland eine nicht zu vernachlässigende Größe: Betrug sie im Jahr 1995 878.000 Personen, erhöhte sich dieser Wert bis zum Jahr 2008 auf 955.000 Personen. Ebenso ist der Anstieg der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter oder Ganztagschwarzarbeiter in Österreich beträchtlich: Betrug er 1995 575.000 Personen, so erhöhte sich dieser Wert bis zum Jahr 2008 auf 679.000 Personen. Die Anzahl der illegalen Beschäftigten betrug 1995 75.000 Personen und erhöhte sich bis zum Jahr 2007 auf 93.000 Personen.³⁾

5) Wirtschaftspolitische sowie anreizorientierte Maßnahmen zur weiteren Reduktion der Schattenwirtschaft

Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch stellt sich die entscheidende Frage, was von Seiten des Staates unternommen werden sollte, damit der rückläufige Trend in der Schattenwirtschaft von 2003 bis 2006 und der von 2008 unterstützt werden kann. Entscheidend ist hierbei die Frage, ob es gelingen kann, die vielen Millionen Arbeitsstunden oder Millionen von Jobs in der Schattenwirtschaft in offizielle zu

²⁾ Die **inländischen Vollzeitschwarzarbeiter** sind natürlich eine **fiktive Größe**, die aus den Stunden, die in der Schattenwirtschaft gearbeitet wurden, berechnet wurde. Die illegal ausländischen Beschäftigten stellen eine erste Abschätzung der illegal (**nur für Schattenwirtschaftsaktivitäten**) beschäftigten Ausländer dar. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zwei Drittel der Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft von Deutschen, Österreichern oder Schweizern oder in diesen Länder legal lebenden Ausländern erwirtschaftet werden, so dass die Berechnung der Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeitern nur dazu dient, zu zeigen, wie viele Arbeitsplätze es gäbe.

³⁾ Die illegal Beschäftigten sind hier nur die, die meistens „nur“ Schwarzarbeitstätigkeiten nachgehen und nicht z.B. klassisch kriminelle Aktivitäten ausüben.

überführen. Nur wenn die wirtschaftspolitische Herausforderung bewältigt wird, dass durch den Rückgang der Schattenwirtschaft mehr offizielle Vollerwerbsarbeitsplätze entstehen und damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht, wirkt sich das Sinken der Schattenwirtschaft für eine Volkswirtschaft als „Segen“ aus. Entstehen zum Beispiel lediglich mehr Mini- oder Midi-Jobs, bedeutet dies zwar einen Teilerfolg, der sich aber als „Fluch“ für die Sozialkassen auswirken kann.

Ob und in welchem Maße die Überführung schattenwirtschaftlicher Tätigkeiten in die offizielle Wirtschaft auf gesetzlichem Wege (d.h. mit strengeren Strafen – wie in Deutschland seit August 2004 verwirklicht) gelingt, ist sehr fraglich, da zwei Drittel der Wertschöpfung der Schattenwirtschaft von selbständig und unselbständig beschäftigten Deutschen und Österreichern erwirtschaftet wird, d.h. sie ist ein Massenphänomen zwischen Konstanz und Flensburg und zwischen dem Bodensee und dem Neusiedlersee. Darüber hinaus haben weder die Deutschen noch die Österreicher ein Unrechtsbewusstsein, wenn sie schwarz arbeiten (oder lassen), da mehr als zwei Drittel der Befragten (Umfrage September 2006 in Österreich) Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt betrachten.

Um in noch stärkerem Maße schattenwirtschaftliche Aktivitäten in die offizielle Wirtschaft zu überführen, sollte die Politik vielmehr noch stärker an den Ursachen der Schattenwirtschaft ansetzen, wobei hier in den vergangenen Jahren teilweise bereits wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden. Kaum Erfolge gab es bislang jedoch bei dem Versuch, die Lohnnebenkosten, die direkt den Faktor Arbeit belasten, insgesamt zu reduzieren. Diese Maßnahme ist langfristig sicherlich die wichtigste und effizienteste, die allerdings einen gesellschaftlichen Konsens zu ihrer Durchsetzung erfordert und gegebenenfalls eines Konsenses bedarf, dafür andere Steuern (z.B. auf Energie) zu erhöhen. Nachgedacht werden könnte in Deutschland darüber, die Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Leistungen befristet rückzuvergüten (sog. Luxemburger Modell), um so einen Anreiz zu schaffen, diese Leistungen verstärkt in der offiziellen

Wirtschaft nachzufragen. Europäische Nachbarländer mit hohen Mehrwertsteuersätzen haben in den EU-Gremien durchgesetzt, dass sie bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen zumindest mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz befristet belegen dürfen. Bei diesen Maßnahmen kommt es sicherlich zu Steuerausfällen, wenn es aber gelingt, damit einen Teil (25-33%) der bisher schwarz erbrachten Leistungen in die offizielle Wirtschaft zu überführen, würden die Steuerverluste teilweise wieder ausgeglichen. Dieser Vorschlag könnte auf bestimmte Bereiche, z. B. Altbausanierung oder im Gaststätten- oder Tourismugewerbe eingeführt werden, also Branchen, die besonders von der hohen Abgabenlast betroffen sind.

Abschließend soll noch auf die Frage eingegangen werden, ob eine rückläufige Schattenwirtschaft für Deutschland sowie für die anderen OECD-Länder eher ein Fluch oder ein Segen ist. Wenn man davon ausgeht, dass zwei Drittel der Schattenwirtschaftsaktivitäten komplementär sind, d.h. diese Güter und Dienstleistungen in der offiziellen Wirtschaft ohne Schattenwirtschaft nicht erstellt würden, dann kann eine steigende Schattenwirtschaft insgesamt (als Summe des offiziellen und des schattenwirtschaftlichen BIP) zu einer höheren Wertschöpfung führen. Ebenso wirkt ein Rückgang der Schattenwirtschaft nur dann wohlfahrtssteigernd, wenn zumindest ein Teil dieser Schattenwirtschaftsleistungen dann in der offiziellen Wirtschaft erbracht werden. Werden diese „schwarzen“ Dienstleistungen nicht erbracht, dann sinkt die gesamte (d.h. offizielle und „schwarze“) Wertschöpfung. Es ist daher entscheidend, dass wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen so gesetzt werden, dass ein starker Anreiz entsteht, diese bislang „schwarz“ erbrachten Leistungen in die offizielle Wirtschaft zu überführen, sodass sich das Eindämmen der Schattenwirtschaft dann als „Segen“ für die gesamte Wirtschaft auswirken kann. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass staatliche Institutionen durch Steuerausfälle aber insbesondere durch Ausfälle bei den Sozialversicherungs- und Krankenkassen am stärksten negativ von einer steigenden Schattenwirtschaft betroffen sind. Es ist daher also auch bei den finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen Sorge zu tragen, dass ein Anreiz entsteht,

mehr offizielle Vollerwerbsarbeitsplätze zu schaffen, so dass die Einnahmen bei den Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsträgern wieder zunehmen. Nur in diesem Fall wirkt sich ein Rückgang der Schattenwirtschaft auch für die staatlichen Institutionen als Segen aus.

Tabelle 1: Die Größe der Schattenwirtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1975 bis 2008 – berechnet mit Hilfe des Bargeldansatzes und des DYMIMIC-Verfahrens ¹⁾

Jahr	Größe der Schattenwirtschaft (in % des „offiziellen“ BIP)					
	Deutschland		Österreich		Schweiz	
	in %	Mrd. €	in %	Mrd. €	in %	Mrd. SFr.
1975	5,75	29,6	2,04	0,9	3,20	12
1980	10,80	80,2	2,69	2,0	4,90	14
1985	11,20	102,3	3,92	3,9	4,60	17
1990	12,20	147,9	5,47	7,2	6,20	22
1995	13,90	241,1 ²⁾	7,32	12,4	6,89	25
1996	14,50	257,6 ²⁾	8,32	14,6	7,51	27
1997	15,00	274,7 ²⁾	8,93	16,0	8,04	29
1998	14,80	280,7 ²⁾	9,09	16,9	7,98	30
1999	15,51	301,8 ²⁾	9,56	18,2	8,34	32
2000	16,03	322,3 ²⁾	10,07	19,8	8,87	35
2001	16,02	329,8 ²⁾	10,52	21,1	9,28	37,5
2002	16,59	350,4 ²⁾	10,69	21,8	9,48	38,7
2003	17,10	370,0 ²⁾	10,86	22,5	9,52	39,4
2004	16,12	356,1 ²⁾	11,00	23,0	9,43	39,5
2005	15,41	346,2 ²⁾	10,27	22,0	9,05	38,7
2006	15,00	345,5 ²⁾	9,51	21,20	8,48	37,0
2007 ³⁾	14,74	349,0 ²⁾	9,06	20,80	8,23	36,8
2008 ³⁾	14,22	346,8 ²⁾	8,07	19,92	7,96	35,4

¹⁾ Erläuterungen: Die *Größe der Schattenwirtschaft* ist zwischen den drei Ländern nur bedingt vergleichbar, da die Bargeldnachfragefunktionen (DYMIMIC-Schätzgleichungen) unterschiedlich spezifiziert werden und nicht die gleiche Anzahl von Ursachen, die für die Schwarzarbeit verantwortlich sind, enthalten.

²⁾ An dem Jahr 1995 Werte für *Gesamtdeutschland*.

³⁾ Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Statistiken noch nicht vorliegen.

Quelle: Eigene Berechnungen (2008).

Tabelle 2: Die Auswirkungen der guten Konjunktur mit der geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der großen Koalition (Stand Jänner 2008) für 2008 auf die Schattenwirtschaft

Maßnahmen im Jahr 2007/2008	Zuwachs (+) /Minderung (-) der Schattenwirtschaft
(1) <u>Mindestlöhne für 57% Westdeutsche und 41% Ostdeutsche zwischen 10,40 Bauhauptgewerbe und 7,85 Maler/Lackierer</u>	+ 3000 bis + 6000 Mio. €
(2) <u>Erhöhung des Beitragswertes zur Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte (von 1,7 auf 1,9%)</u>	+ 160 bis + 280 Mio. €
(3) <u>Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 4,2% auf 3,3%</u>	- 900 bis – 1500 Mio. €
(4) <u>Steuerliche Absetzbarkeit von privaten HH Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, Kinderbetreuung</u>	- 2000 bis – 4000 Mio. €
(5) <u>Gute Konjunktur; Rückgang der Arbeitslosigkeit</u>	- 2000 bis – 3500 Mio. €
Netto-Effekt für 2008 (Berücksichtigung <u>aller</u> Maßnahmen)	- 1740 bis - 2720Mio. €
Netto-Effekt ohne Mindestlöhne	- 4740 bis – 8720 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Die Größe der Schattenwirtschaft in 21 OECD-Ländern von 1989/90 bis 2008
Die Größe der Schattenwirtschaft (in % des offiziellen BIP)
unter Verwendung des Bargeldnachfrageansatzes und des DYMIMIC-Verfahrens

OECD-Länder	Durchschnitt 1989/90	Durchschnitt 1994/95	Durchschnitt 1997/98	Durchschnitt 1999/00	Durchschnitt 2001/02	2003	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2008
1. Australien	10.1	13.5	14.0	14.3	14.1	13.7	13.2	12.6	11.4	11.7	10.6
2. Belgien	19.3	21.5	22.5	22.2	22.0	21.4	20.7	20.1	19.2	18.3	17.5
3. Canada	12.8	14.8	16.2	16.0	15.8	15.3	15.1	14.3	13.2	12.6	12.0
4. Dänemark	10.8	17.8	18.3	18.0	17.9	17.4	17.1	16.5	15.4	14.8	13.9
5. Deutschland	11.8	13.5	14.9	16.0	16.3	17.1	16.1	15.4	15.0	14.7	14.2
6. Finnland	13.4	18.2	18.9	18.1	18.0	17.6	17.2	16.6	15.3	14.5	13.8
7. Frankreich	9.0	14.5	14.9	15.2	15.0	14.7	14.3	13.8	12.4	11.8	11.1
8. Griechenland	22.6	28.6	29.0	28.7	28.5	28.2	28.1	27.6	26.2	25.1	24.3
9. Großbritannien	9.6	12.5	13.0	12.7	12.5	12.2	12.3	12.0	11.1	10.6	10.1
10. Irland	11.0	15.4	16.2	15.9	15.7	15.4	15.2	14.8	13.4	12.7	12.2
11. Italien	22.8	26.0	27.3	27.1	27.0	26.1	25.2	24.4	23.2	22.3	21.4
12. Japan	8.8	10.6	11.1	11.2	11.1	11.0	10.7	10.3	9.4	9.0	8.8
13. Niederlande	11.9	13.7	13.5	13.1	13.0	12.7	12.5	12.0	10.9	10.1	9.6
14. Neuseeland	9.2	11.3	11.9	12.8	12.6	12.3	12.2	11.7	10.4	9.8	9.4
15. Norwegen	14.8	18.2	19.6	19.1	19.0	18.6	18.2	17.6	16.1	15.4	14.7
16. Österreich	6.9	8.6	9.0	9.8	10.6	10.8	11.0	10.3	9.7	9.4	8.1
17. Portugal	15.9	22.1	23.1	22.7	22.5	22.2	21.7	21.2	20.1	19.2	18.7
18. Schweden	15.8	19.5	19.9	19.2	19.1	18.6	18.1	17.5	16.2	15.6	14.9
19. Schweiz	6.7	7.8	8.1	8.6	9.4	9.5	9.4	9.0	8.5	8.2	7.9
20. Spanien	16.1	22.4	23.1	22.7	22.5	22.2	21.9	21.3	20.2	19.3	18.7
21. USA	6.7	8.8	8.9	8.7	8.7	8.5	8.4	8.2	7.5	7.2	7.0
Ungew. Durchschnitt über 21 OECD Länder	12.7	16.2	16.8	16.8	16.7	16.5	16.1	15.6	14.5	13.9	13.3

→ Quelle: Eigene Berechnungen, 2008, (Prof. Dr. Friedrich Schneider, University of Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz/Auhof). Vorläufige Werte.

Tabelle 4: Aufteilung der Schattenwirtschaft in Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren in Österreich und Deutschland ¹⁾

Sektor	Aufteilung der Schattenwirtschaft in Österreich Jahr 2008		Aufteilung der Schattenwirtschaft in Deutschland Jahr 2008	
	in %	Mrd. €	in %	Mrd. €
Baugewerbe und Handwerksbetrieb (inkl. Reparaturen)	39 %	7,8	38 %	131,8
Andere Gewerbe- und Industriebetriebe (Kfz, Maschinen, etc.)	16 %	3,2	17 %	58,9
Dienstleistungsbetriebe (Hotels, Gaststätten, etc.)	16 %	3,2	17 %	58,9
Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche	12 %	2,4	13 %	45,1
Sonstige Gewerbebetriebe und haushaltsnahe Dienstleistungen (Nachhilfe, Friseur, Babysitten)	17 %	3,3	15 %	52,0
Gesamte Schattenwirt.	100%	19,9	100%	346,8

¹⁾ Quelle: Eigenen Berechnungen (2008).

Tabelle 5: Aufteilung der Schattenwirtschaft im Baugewerbe und in Handwerksbetrieben ¹⁾

Sektor	Aufteilung der Schattenwirtschaft im Baugewerbe und in Handwerksbetrieben in Österreich Jahr 2008		Aufteilung der Schattenwirtschaft im Baugewerbe und in Handwerksbetrieben in Deutschland Jahr 2008	
	in %	Mrd. €	in %	Mrd. €
Bauhauptgewerbe	41 %	3,2	35 %	46,1
Baunebengewerbe	30 %	2,4	26 %	34,3
Handwerksbetriebe im Baubereich	16 %	1,2	18 %	23,7
Sonstige Reparaturen (Fernseher, elektr. Geräte, Haushaltsgeräte)	13 %	1,0	21 %	27,7
SUMME Baugewerbe und Handwerksbetriebe (inkl. Reparaturen)	100 %	7,8	100 %	131,8

¹⁾ Quelle: Eigene Berechnungen (2008).

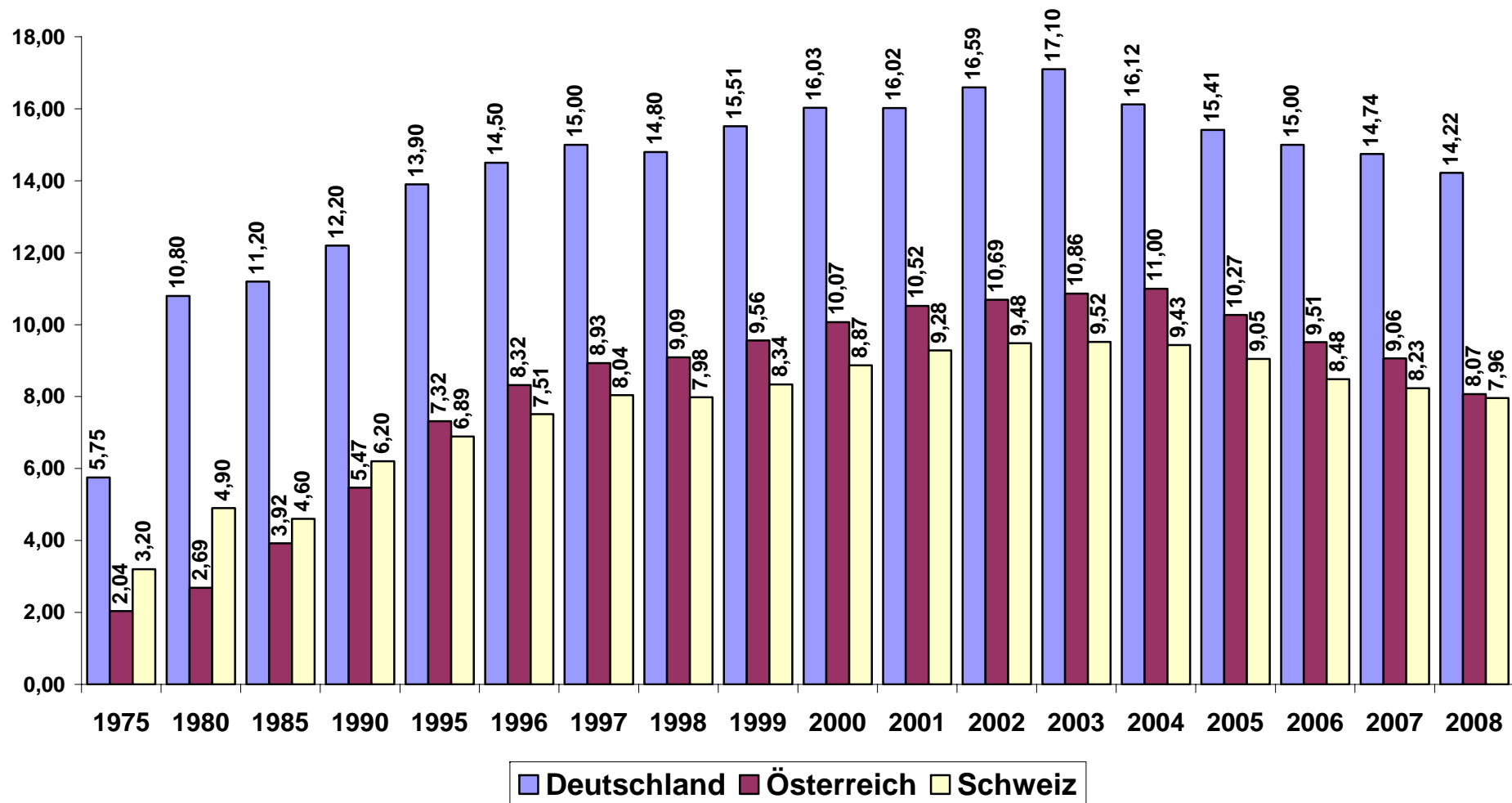
Tabelle 6: Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1995 bis 2008¹⁾

Jahr	Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten in 1.000 Personen					
	Deutschland		Österreich		Schweiz	
	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte
1995	7.320	878	575	75	391	55
1996	7.636	939	617	83	426	61
1997	7.899	987	623	86	456	67
1998	8.240	1.039	634	89	462	69
1999	8.524	1.074	667	93	484	74
2000	8.621	1.103	703	99	517	79
2001	8.909	1.149	734	104	543	84
2002	9.182	1.194	746	109	556	88
2003	9.420	1.225	769	112	565	90
2004	9.023	1.103	789	114	560	89
2005	8.549	1.002	750	104	520	82
2006	8.124	952	716	98	493	78
2007 ²⁾	8.206	961	709	97	490	77
2008 ²⁾	8.154	955	679	93	471	74

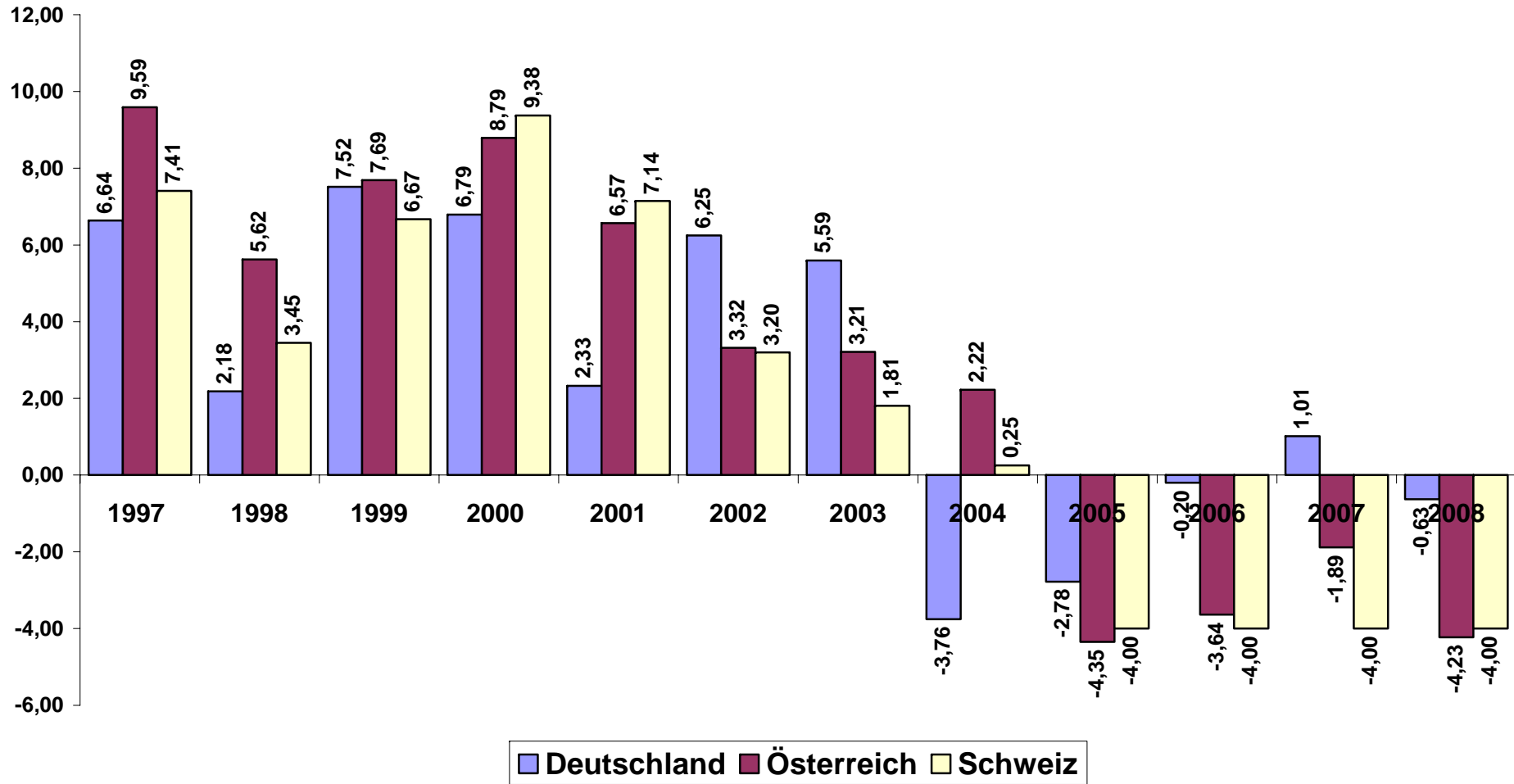
¹⁾ Erläuterungen: **Inländische Vollzeitschwarzarbeiter sind eine fiktive Größe**, die aus den Stunden, die in der Schattenwirtschaft gearbeitet werden, berechnet werden. Die illegal ausländischen Beschäftigten stellen eine erste Abschätzung der illegal (für Schattenwirtschaftsaktivitäten) beschäftigten Ausländer dar.

²⁾ Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Arbeitsmarkt-Statistiken noch nicht vorliegen.
Quelle: Eigene Berechnungen (2008).

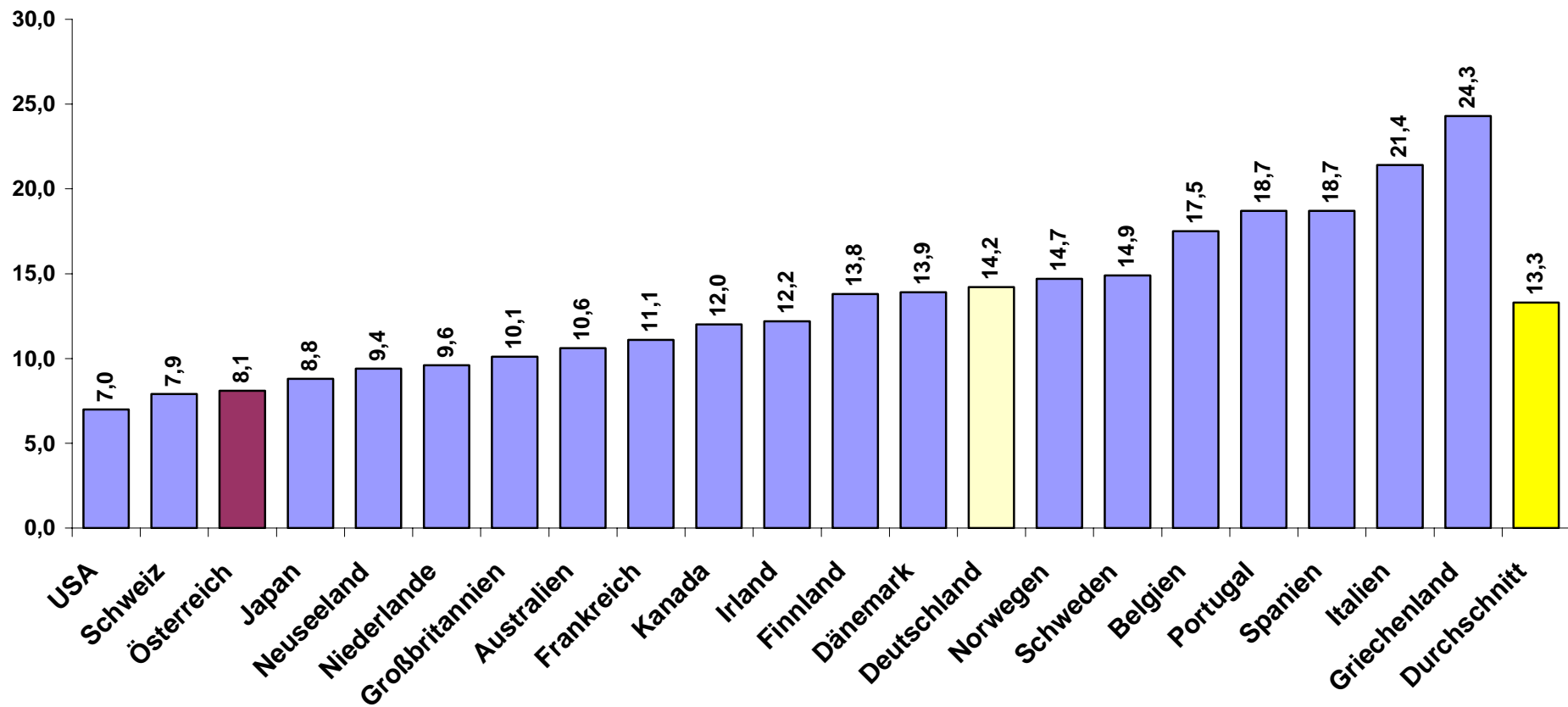
Figur 1: Größe der Schattenwirtschaft in % des off. BIP in Ö, D und CH (1975-2008)



Figur 2: Jährliche prozentuelle Änderung (+=Zuwachs, -=Abnahme) der Schattenwirtschaft für D, Ö und CH 1997-2008



Figur 3: Die Größe der Schattenwirtschaft (in % vom BIP) in 21 OECD-Ländern unter Verwendung des Bargeldnachfragesatzes und des DYMIMIC-Verfahrens - 2008



Figur 4: Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) der Schattenwirtschaft (in % des offiziellen BIP) der 21 OECD-Länder über 1997/98 zu 2008

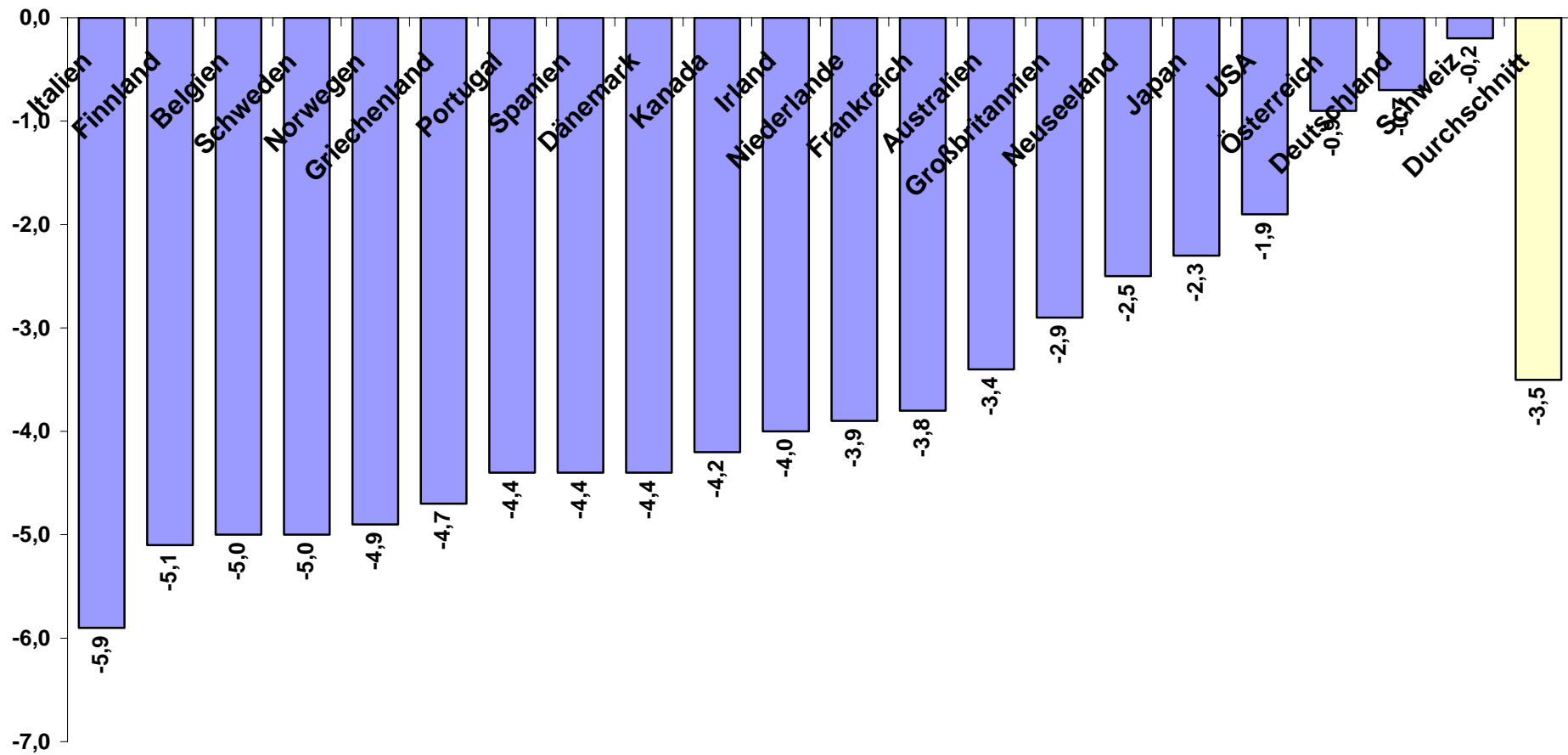


Tabelle A1: Auswirkungen der geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der großen Koalition (Stand Dezember 2007) für 2007 auf die Schattenwirtschaft

Maßnahmen im Jahr 2007	Zuwachs/Minderung der Schattenwirtschaft
(1) <u>Mehrwertsteuererhöhung</u> von 16 auf 19 % (ab 1.1. 2007)	+ 2.500 bis + 5.000 Mio. €
(2) <u>Anhebung der Versicherungsbeiträge</u> bei den gewerblichen Mini-Jobs von 25 auf 30 % seit 1.7.2006	+ 1.000 bis + 2.400 Mio. €
(3) „<u>Reichensteuer</u>“ Erhöhung des Steuersatzes um 3 Prozentpunkte bei privaten Einnahmen ab €250.000 (ledig)/€500.000 (verheir.) Jahreseinkommen	+ 600 bis + 900 Mio. €
(4) <u>Abschaffung Eigenheimzulage</u> (seit 1.1. 2006)	+ 500 bis + 800 Mio. €
(5) <u>Erhöhung des Rentenbeitragssatzes von 19,5 auf 19,9%</u>	+ 400 bis + 700 Mio. €
(6) <u>Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,5 Prozentpunkte</u>	+ 400 bis + 700 Mio. €
(7) <u>Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung</u> von 6,5 auf 4,2%	- 2.300 bis – 4.000 Mio. €
(8) <u>Steuerliche Absetzbarkeit von privaten HH Aufwendungen</u> für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, Kinderbetreuung	- 1.500 bis – 3.000 Mio. €
Netto-Effekt für 2007	+ 1.600 bis + 3.500 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnungen.